

Inhaltsverzeichnis

RFW-Unternehmer fordern Beschäftigungspaket! RFW-Präsidium für beschäftigungs fördernde Maßnahmen!	Seite 2
BO Amann: Lohnabschluss bei den Metallern ist für Industrie gerade noch verkräftbar! Ertragslage der Betriebe und nicht nur die Inflation sollen bei den KV-Verträgen der KMUs den Ausschlag geben	Seite 3
BO Amann zum Tourismusfacharbeitermangel: Betrieben muss rasch geholfen werden! Jobbörse durch AMS sowie Erhöhung der Saisonierkontingentes als zielführende Maßnahme	Seite 3
RFW-Wien: Schluss mit Sonntagsreden zur Wichtigkeit der KMU! KommR Karl Ramharter: Kreditzinsenobergrenze von maximal 3 Prozent zur Steigerung der Investitionen in der mittelständischen Wirtschaft ist dringend notwendig!	Seite 4
Trübe Wirtschaftsaussichten verlangen wirkungsvolle Entlastungsschritte für KMUs! NAbg. Bernhard Themessl: Maßnahmen sind umgehend einzuleiten!	Seite 4
RFW-Steiermark fordert: Mittel für Revitalisierungsfonds verdoppeln statt streichen! LO Dr. Erich Schoklitsch warnt: Land streicht Mittel des Revitalisierungsfonds und damit eine der effektivsten Konjunkturförderungen	Seite 5
RFW-Tirol: KommR Winfried Vescoli einstimmig als Landesobmann des RFW-Tirol bestätigt! RFW-Mobil ist ab jetzt wieder unterwegs!	Seite 6
LO-STV Joe Bellinger kritisiert die Verdrängungsaktion der Diskont-Tankstellen durch OMV! Preisabsprachen und Machtdemonstrationen gefährden den freien Markt!	Seite 6
RFW-Vorarlberg: Menschen stärken - Beschäftigung sichern! Auszüge aus dem Beschäftigungspaket zur Sicherung der heimischen Arbeitsplätze	Seite 7



RFW-Unternehmer fordern Beschäftigungspaket! RFW-Präsidium für beschäftigungsfördernde Maßnahmen



Aufgrund der sich eintrübenden Konjunktursituation sowie der Probleme der Kreditbeschaffung aufgrund der internationalen Finanzkrise braucht es ein staatliches Beschäftigungspaket, damit der Wirtschaft die Konsumenten nicht verloren gehen.

Die Wirtschaft kann nur über den Konsum nachhaltig angekurbelt werden und daher muss seitens der öffentlichen Hand alles unternommen werden, damit die Arbeitsplätze in den Betrieben gehalten werden können und nicht für immer verloren gehen.

Die Kollektivvertragsverhandlungen haben deutlich gemacht, dass wir kein Geld-, sondern ein Mengenproblem haben. Nicht der Lohn, sondern die künftige Bereitstellung von Arbeit wird angesichts der sinkenden Auftragslage unsere größte Herausforderung sein, wenn wir unsere Fachkräfte in den Betrieben halten wollen.

Daher sollte man rasch auf die sich verändernde Arbeitswelt reagieren und darum sieht das RFW-Präsidium die Notwendigkeit, noch vor einem Konjunkturpaket ein Beschäftigungspaket für den Mittelstand als ersten Schritt zu beschließen, um damit dann auch die Weichen für ein dringend notwendiges Konjunkturpaket zu stellen.

Das RFW-Präsidium hat in seiner Sitzung am 8.11.2008 in Linz folgende Forderungen in Richtung Beschäftigungspaket an die Bundesregierung beschlossen:

Umgehende (gesetzliche) Einführung eines flexiblen Kurzarbeitszeitmodells mit unbürokratischen und kurzen Vorlaufzeiten.

Der Lohnausgleich sollte durch eine Landesstiftung (Betreiber: Land, AMS und Wirtschaft) erfolgen. Die Landesstiftung erfüllt die Aufgabe der branchenspezifischen Schulungsmaßnahmen bzw. Qua-

lififikation der Arbeitnehmer (technische Nachschulungen, aktuelle Normierungen und neueste Erkenntnisse in der jeweiligen Theorie, etc.), die in der Stiftung beschäftigt werden.

Statt Kollektivverträge mit flächendeckender Wirkung, ist unser Ziel die Regionalisierung der Kollektivverträge!

Dabei ist auf die Ertragslage der Unternehmen und auf die Lebensstandardkosten der Region Bedacht zu nehmen. Kernelement dabei ist die steuer- und abgabenfreie Einmalzahlung (z.B. quartalsweise oder monatliche Auszahlung).

Streichung der Sozialversicherungsabgaben beim 13. und 14. Monatsgehalt

Flexible Arbeitszeiten mit zweijährigem Durchrechnungszeitraum, ohne Lohnverlust für die Arbeitnehmer

Erleichterung der geringfügigen Beschäftigung (Wegfall der Tagesverdienstgrenzen).

Des Weiteren sind niedrigere Einkommen - etwa ab der Geringfügigkeitsgrenze bis ca. 700 Euro - von Sozialversicherungsabgaben zu entlasten bzw. zu befreien.

Senkung der Lohnnebenkosten: Halbierung des AUVA-Beitrages von 1,4 auf 0,7 Prozent, sowie die Senkung des Insolvenzausfallfonds-Beitrages (IAF) von 0,55 auf 0,3 Prozent.

Der „Pleitefonds“ erzielte 2007 rd. 270 Millionen Euro Überschuss. Nicht einmal 50 Prozent der vereinnahmten Unternehmerrgelder wurden für in Insolvenz geratene Unternehmen - bzw. deren Mitarbeiter - aufgewendet.



BO Amann: Lohnabschluss bei den Metallern ist für Industrie gerade noch zu verkraften! Utl.: Ertragslage der Betriebe und nicht nur die Inflation sollen bei den KV-Verträgen der KMUs den Ausschlag geben!

Der Lohnabschluss bei den Metallern ist für die Industrie sicherlich vertretbar, sollte aber nicht die Vorgabe für die anderen Branchen sein. Gerade für die KMUs setze er weiter auf die Idee des RFW, dass die Ertragslage der Betriebe bei der Lohnfindung eine entscheidende Rolle spielen sollte, so der RFW-Bundesobmann, KO Ing. Fritz Amann, in einer ersten Reaktion.

Amann dazu: „Die Vorgangsweise bei den diesjährigen Lohnverhandlungen der Metallbranche zeigen, dass die Gewerkschaft lernfähig war und ein durchaus tragfähiger Kompromiss erzielt werden konnte. Hier gilt mein Lob auch dem Vorarlberger Verhandler DI Hinteregger, der den variablen Faktor der Erfolgsbeteiligung im Sinne der Ländle Wirtschaft durchgesetzt hat.“

Damit konnte das ehemals starre System noch weiter in Richtung fairer Lohnfindung geöffnet werden.“

Wichtig sei ihm, Amann, aber noch die Umsetzung der Forderung, dass die Zusatzzahlungen steuer- und abgabenfrei gestellt werden, um so die Kaufkraft der arbeitenden Menschen zu stärken. Es solle nicht der Finanzminister der Gewinner der Lohnverhandlungen sein, sondern endlich die Arbeitnehmer, so die abschließende Forderung des RFW-BO, KO Ing. Fritz Amann.



OTS-Meldung, 31.10.2008

BO Amann zum Tourismusfacharbeitermangel: Betrieben muss rasch geholfen werden! Utl.: Jobbörse durch AMS sowie Erhöhung des Saisonierkontingentes als zielführende Maßnahme!

Jedes Jahr wiederholt sich das üble Spiel in Sachen zu wenig Personal für unseren Qualitätstourismus. Auf der Strecke bleiben meist die Betriebe, aber auch das AMS, das den dringend benötigten Personalbedarf nicht aus den vorhandenen Ressourcen bereitstellen kann, so der RFW-Bundesobmann KO Ing. Fritz Amann in einer ersten Reaktion auf die Personalprobleme der heimischen Fremdenverkehrswirtschaft.

Amann dazu: „Ich denke, dass das AMS im Land neue Wege beschreiten sollte. Ähnlich dem Modell der Tourismusbetriebe, die über Jobbörsen gerade in den neuen Bundesländern durchwegs Erfolge haben, sollten alle in Vorarlberg gemeldeten arbeitslosen Tourismusfachkräfte verpflichtend an einer Jobbörse teilnehmen. Dann können die Unternehmen Vorort entscheiden, wer geeignet und wer nicht mehr vermittelbar ist. Das würde viel bürokratischen Aufwand ersparen und auch klare Erkenntnisse bringen, wie die fehlenden Fachkräfte dann über Saisoniers abgedeckt werden können.“

Der Tourismus ist ein wichtiger Arbeit- und Impuls-

geber für die Gesamtwirtschaft. Er ist aber gerade in den Tourismusgebieten oft nur ein saisonaler Arbeitgeber, der keine Ganzjahresarbeitsplätze anbieten kann, weil man seitens der Politik bisher nicht bereit ist, flexible Durchrechnungsmodelle zuzulassen.

Um die Qualität zu halten, braucht es ausreichendes Fachpersonal, welches allein über das AMS nicht zu finden ist. Neben privaten Initiativen braucht es aber auch neue Wege im staatlichen Arbeitsvermittlungsbereich. Gezielte Umschulungen und Qualifizierungsoffensiven machen Sinn. Trotzdem ist nicht jeder für einen Saisonbetrieb geeignet.

Darum sollte man sich das arbeitslos gemeldete Fachpersonal gezielt aussuchen und die dann noch vorhandenen offenen Stellen mittels Saisoniers besetzen können, so die abschließende Forderung von Amann.



OTS-Meldung, 31.10.2008

RFW-Wien: Schluss mit Sonntagsreden zur Wichtigkeit der KMU

Utl.: KommR Karl Ramharter: Kreditzinsenobergrenze von maximal 3 Prozent zur Steigerung der Investitionen in der mittelständischen Wirtschaft ist dringend notwendig!

"Die exorbitant gestiegenen Energiepreise treffen die Unternehmer ebenso hart, wie die allgemeine Finanzkrise", stellt Karl Ramharter, Vizepräsident der Wirtschaftskammer Wien, zur Diskussion um die Wiener KMU fest. "Wenn nun den Banken Geld geliehen wird, so ist dafür zu sorgen, dass Kredite für KMUs rasch und unkompliziert vergeben werden und auch mit günstigen Zinsen verbunden sein müssen".

BASEL II hat sich als glatter Rohrkrepierer erwiesen. Während den österreichischen KMUs der Zugang zu Krediten erschwert bzw. unmöglich gemacht wurde, leidet jetzt die ganze Welt unter der Finanzkrise, welche - ironischerweise - von den Erfindern der Basel II Regelung - der USA - ausgelöst wurde.

Daher soll jetzt den KMUs geholfen werden, leichteren Zugang zu Krediten zu erhalten. Und es muss dafür gesorgt werden, dass es günstige Zinsen gibt. Die EZB ist wahrscheinlich nicht im Stande, entsprechend rasch für "günstiges" Geld für die KMUs zu sor-

gen. Hier ist der österreichische Finanzminister gefordert.

"Während Japan die Zinsen radikal auf unter ein Prozent gesenkt hat, so ist in Europa davon noch nichts zu sehen. Bis dato waren die Banken eher bemüht, durch hohe Zinsen Geld von den Sparern einzusammeln", so Ramharter weiter.

"Nur hat scheinbar niemand daran gedacht, dass hohe Sparzinsen zu noch höheren Kreditzinsen führen, die sich kein Unternehmer mehr leisten kann. Wenn man Investitionen der Unternehmer fordert, muss man dies auch durch entsprechende Rahmenbedingungen ermöglichen. Dazu gehört eine Zinsenobergrenze und damit der Zugang zu "billigerem" Kapital", schloss Ramharter. OTS-Meldung, 3.11.2008

**Trübe Wirtschaftsaussichten verlangen wirkungsvolle Entlastungsschritte für KMUs! Utl.: NAbg. Bernhard Themessl: Maßnahmen sind umgehend einzuleiten!**

NAbg. Bernhard Themessl, Mitglied des RFW-Bundesvorstandes, hält heute fest, dass die EU-Prognosen das Budgetdefizit, das BIP-Wachstum und die Arbeitslosigkeit betreffend im Grunde sehr optimistisch seien. Vor allem dann, wenn man diese Prognosen der EU mit den heimischen Prognosen von Wirtschaftsforschern bzw. den Zahlen des Finanzministeriums vergleiche.

"Angesichts der trüben Zukunftsaussichten ist es daher umso wichtiger", stellt Themessl fest, "dass rasche und wirkungsvolle Entlastungsschritte für die heimischen KMUs gesetzt werden. SPÖ und ÖVP müssen endlich von ihrem Weg des Nichtstuns abkommen und nachhaltig - im Sinne der heimischen KMUs - agieren."

Der RFW fordere deshalb die Umsetzung sofort wirkungsvoller Maßnahmen für die KMUs, so Themessl. Diese seien die sofortige Abschaffung der Kreditvergabegebühren - Kosten 160 Millionen Euro - sowie die sofortige Abschaffung der Gesellschaftssteuer - Kosten rund 50 Millionen Euro. Ebenso sei die Ausweitung der Finanzierungsgarantie (Ausfallshaf-

tung der AWS) - dem Volumen und der Art und Weise nach - extrem wichtig und effizient, erläutert Themessl.

Dies gelte speziell im Bereich der Mikrofinanzierung und im Bereich der kleinstrukturierten Wirtschaft. Die Exportoffensive von Wirtschaftskammer und Bundesregierung sei ebenfalls unbedingt mit Nachdruck fortzusetzen.

Abschließend hält Themessl fest, dass eine Tarifreform (Senkung der Steuersätze und Ausweitung der Bemessungsgrundlagen) und die Einführung einer Investitionsbegünstigung ebenfalls von großer Wichtigkeit für den Wirtschaftsstandort Österreich seien. "Diese Maßnahmen erhöhen nicht nur die Binnennachfrage, sondern stärken auch die Liquidität der Unternehmer", so Themessl.

OTS-Meldung, 4.11.2008



RFW-Steiermark fordert: Mittel für Revitalisierungsfonds verdoppeln statt streichen! Utl.: LO Dr. Erich Schoklitsch warnt: Land streicht Mittel des Revitalisierungsfonds und damit eine der effektivsten Konjunkturförderungen!

Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender sieht in der Streichung der Mittel für den Revitalisierungsfonds einen grob fahrlässigen Fehler. Die Förderungen aus dem Fonds zählen nämlich zu den effektivsten Konjunktur-Impulsen überhaupt. Sie stärken die Wirtschaft, die Kaufkraft und sichern Arbeitsplätze.

Noch vor Tagen ließ sich Landesrat Johann Seitinger bei den Auszeichnungen der „Steirischen Wahrzeichen 2008“ als zuständiger politischer Referent feiern. Nur wenige Tage zuvor hat er jedoch die Mittel für den Revitalisierungsfonds, aus dem die Sanierungen der Wahrzeichen gefördert wurden, für die Jahre 2009 und 2010 völlig gestrichen. In Zeiten der Finanzkrise ist das eine fahrlässige Entscheidung, kritisiert Erich Schoklitsch, Landesobmann des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW).

„Der Revitalisierungsfonds ist eine der effektivsten Konjunkturförderungen überhaupt“, betont er. Denn die Sanierung und Revitalisierung historischer Gebäude ist extrem arbeitsintensiv. „Große Baumaschinen können dabei kaum eingesetzt werden, gefragt ist die hohe Handwerkskunst“, so Schoklitsch. Woraus sich wichtige Impulse für die Konjunktur ergeben.

Der Revitalisierungsfonds stärkt die heimische Wirtschaft:

Die nötigen Fähigkeiten und das Fachwissen für die

Bearbeitung alter Bausubstanzen haben fast ausschließlich heimische Firmen und Mitarbeiter. Daher kommen bei der Auftragsvergabe überwiegend steirische Klein- und Mittelbetriebe zum Zug.



Der Revitalisierungsfonds stärkt die Kaufkraft:

Durch die arbeits- und zeitintensiven Maßnahmen liegt bei Revitalisierungen der Anteil der Lohn- und Gehaltskosten bei rund 70 Prozent der Gesamtinvestitionen. Der Großteil des Geldes gelangt damit gleich wieder in Umlauf.

Der Revitalisierungsfonds sichert Arbeitsplätze:

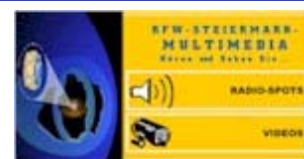
Da bei Revitalisierungen Baumaschinen nur in geringem Maße eingesetzt werden können, ist der Einsatz von Mitarbeitern überdurchschnittlich groß und wegen der aufwendigen Arbeiten auch längerfristig.

Schoklitsch fordert daher das Land nicht nur auf, die Streichung der Mittel für den Revitalisierungsfonds zurückzunehmen, sondern verlangt, die bisherige Dotierung zu verdoppeln und für die Zukunft geplante Revitalisierungsprojekte vorzuziehen. „Statt es den Banken zu schenken sollte das Geld direkt in den Wirtschaftskreislauf, also zu den Arbeitnehmern fließen“, so Schoklitsch.

RFW-Steiermark, 10.11.2008

www.rfw-stmk.at - Videos

Auf unserer Homepage finden Sie neben den laufenden Pressediensten auch eine eigene Rubrik mit Videos und Radiospots. Besuchen Sie deshalb unsere Seite mit der Multimedia-Auswahl



Terminvorschau:

Donnerstag, 20.11.2008

Donnerstag, 11.12.2008

Wirtschaftsparlament, WK-Steiermark

Sitzung des Landesvorstandes, Stallhofen

RFW-Tirol - KommR Winfried Vescoli einstimmig als Landesobmann des RFW-Tirol bestätigt! Utl.: RFW-Mobil ist ab jetzt wieder unterwegs!

KommR Winfried Vescoli, Versicherungsmakler aus Innsbruck, wurde am 7. November 2008 am Landestag des Tiroler RFW (Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreiber und Unabhängiger) mit 100 % der Stimmen als Landesobmann bestätigt.

„Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei den hier Anwesenden für das Vertrauen zu bedanken, um gleichzeitig festzuhalten, dass wir mit vereinten Kräften weiterhin eine gute Arbeit im Sinne der Tiroler Unternehmer machen werden. Wir versuchen weiterhin breit gefächert alle wirtschaftlichen Bereiche abzudecken und dem - ich möchte fast sagen - übermächtigen Wirtschaftsband auf die Finger schauen“, so der wiedergewählte Landesobmann in einer ersten Stellungnahme und präsentierte gleichzeitig das neue RFW-Mobil.

Als seine Stellvertreter wurden der KFZ-Techniker und Tankstellenbetreiber Joe Bellinger, sowie Hermann Knabl, ebenfalls KFZ-Techniker und Sachverständiger, einstimmig gewählt. Der Landesvorstand setzt sich aus bekannten Tiroler Unternehmern, wie beispielsweise dem erfolgreichen Transportunternehmer KommRat Ulf Schmid oder dem Hotellier Stefan Draxl zusammen.

Bundesobmann KommR Ing. Fritz Amann sprach in sei-

ner Rede unter anderem das aktuell diskutierte Konjunkturpaket an: „Dieses Paket wird nicht ausreichen, um die wirtschaftliche Lage wieder auf Kurs zu bringen. Es muss zusätzlich noch ein Beschäftigungspaket geben, mit dem es gelingt, Arbeit zu forcieren und Arbeitsplätze zu sichern.“ Weiters sprach sich Amann dafür aus, dass die Kaufkraft dringend gestärkt werden muss und die Steuern zu senken sind: „Die Arbeitnehmer müssen mit ihrem Einkommen ihr Auskommen finden!“



Am Schluss des Landestages wünscht RFW-BO KommR Ing. Fritz Amann der gesamten Tiroler Mannschaft viel Glück für die Wirtschaftskammer-Wahl 2010 und gratuliert gemeinsam mit dem RFW Bundesgeschäftsführer Ernst Lengauer dem wiedergewählten Landesobmann, seinen Stellvertretern und dem Landesvorstand zur Wahl: „Wir setzen auf eine weiterhin gute und konstruktive Zusammenarbeit im Sinne der heimischen Unternehmer“, so Amann abschließend.

OTS-Meldung, 10.11.2008

LO-STV Joe Bellinger kritisiert die Verdrängungsaktion der Diskont-Tankstellen durch OMV Utl.: Preisabsprachen und Machtdemonstrationen gefährden den freien Markt!

Die Tiroler Diskont- und Nichtmarkentankstellen hatten in letzter Zeit wenig Grund zur Freude. Verantwortlich dafür war die Marktverdrängungspolitik der OMV und die damit verbundenen Lieferengpässe bei Diesel und Heizöl, so der RFW-Fachvertreter im Tankstellengewerbe, Joe Bellinger, in einer Aussendung.

Bellinger dazu: "Die OMV missbrauchte eindeutig ihre marktbeherrschende Stellung. Die Großhandelspreise liegen im Einkauf mittlerweile über den Endverbraucherpreisen im Verkauf. Zudem haben künstlich herbeigeführte Lieferengpässe bei Diesel und Heizöl Extra leicht zu Preiserhöhungen für die Diskont-Tankstellen geführt.

Darüber hinaus ist es laut Fachverband gleichzeitig zu Preissenkungen bei den hauseigenen Tankstellen der OMV gekommen. Und damit wurde deutlich gemacht, dass Branchen Primus seine führende Marktstellung als Verdrängungsinstrument missbraucht."

Faktum jedenfalls sei, dass die Branchenvertreter bei allen Multis Preisabsprachen auf Großhandelsebene or-

ten. Dabei wird vor allem die OMV an den Pranger gestellt. Daher war es seitens des Fachverbandes auch notwendig, sowohl die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) als auch Wirtschaftsminister Martin Bartenstein davon schriftlich zu verständigen, damit diese Wettbewerbsverhinderung in Tirol sofort geprüft und abgestellt wird, so Bellinger.



Seitens des RFW-Tirol habe man sich massiv für die betroffenen Tankstellen eingesetzt, schließlich gehört es zu den Grundprinzipien der freiheitlichen Wirtschaftspolitik, dass ein fairer chancengerechter Wettbewerb stattfinden muss und keine monopolistischen Aktionen auf dem Rücken der Kleinunternehmer passieren dürfen, so RFW-Vorstandsmitglied Joe Bellinger abschließend.

RFW-Tirol, 12.11.2008

RFW-Vorarlberg: Menschen stärken - Beschäftigung sichern!**Auszüge aus dem Beschäftigungspaket zur Sicherung der heimischen Arbeitsplätze!****Konjunkturschwäche vs. Arbeitsplatzsicherheit**

Die Konjunktur-Prognosen der Wirtschaftsforschung zeichnen nicht nur für Vorarlberg, sondern für den gesamten EU-Raum ein äußerst gedämpftes Bild. Experten rechnen damit, dass die EU sich mit einem Wirtschaftswachstum von 0,2 Prozent abfinden muss. Vorarlberg kann sich nicht aus der globalen Finanzkrise abkoppeln. Auch im Land werden wir den Konjunkturabschwung zu spüren bekommen.

Spielräume zur Arbeitsplatzsicherung nutzen

Ein Impuls zur Stützung des Wirtschaftsstandortes wurde bereits durch ein entsprechendes Konjunkturpaket im Landesbudget 2009 gesetzt, dennoch müssen wir uns auch um den Erhalt der KMUs und damit um die Sicherung der Arbeitsplätze kümmern. Einerseits müssen im Land vorhandene Spielräume in der Beschäftigungspolitik genutzt und andererseits neue Strategien entwickelt bzw. Wege beschritten werden.

Flexibles Kurzarbeitszeitmodell statt starre Arbeitsmarktpolitik

Eine Variante zur Bekämpfung der sich abzeichnenden Rezession ist nach unserer Ansicht ein neues flexibles Kurzarbeitszeitmodell mit Lohnausgleich aus der Arbeitslosenversicherung.

Einrichtung einer "Vorarlberg-Stiftung"

Für jene Betriebe, die sich strukturell nicht in der Lage sehen, auf Kurzarbeit umzustellen und dadurch aufgrund der konjunkturellen Entwicklung gezwungen wären, Mitarbeiter zu entlassen, schlagen wir die Einrichtung einer "Vorarlberg-Stiftung" als Pool für entsprechende Weiterbildungs- bzw. Schulungsmaßnahmen (je nach Branche Aktualisierung der Wissenstände der Mitarbeiter über Normen, Veränderungen zum Stand der Technik etc.) vor, gespeist von den Betrieben für ihre zuzuweisenden Stiftlinge, aus Mitteln des AMS und des Landes.

Ausbildungsoffensive im Pflegebereich

Um die nach wie vor vorhandene Kostendifferenz gegenüber der Osthilfe abzufedern, sollte das Land im Rahmen einer Sonderförderung für die Hauskrankenpflege heimische Pflegekräfte in Beschäftigung bringen. Die von Land und Bund für die Pflege zusätzlich bereitgestellten Mittel sollten u.a. dafür genutzt werden.

Landeshaftung für KMU-Kredite

Wenn durch das Betriebsrating der Geldzufluss und damit die Liquidität der Betriebe erschwert werden, so sollte das Land Vorarlberg über das vorhandene Chancenkapital eine 90-prozentige Ausfallhaftung für Kredite bis zu einer Höhe von 30.000 Euro übernehmen. Entsprechende Kredite sollten dabei für die Jahre 2009 und 2010 tilgungsfrei gestellt werden.

**Althausanierung zu Beginn tilgungsfrei stellen**

Um die jetzt vom Land gesetzten Anreize zur Althausanierung zu Beginn der Finanzierungszeit noch attraktiver zu gestalten und mehr Hausbesitzer zu Sanierungsschritten zu bewegen, treten wir dafür ein, die Sanierungsdarlehen in den Jahren 2009 und 2010 während der ersten zwei Jahre tilgungsfrei zu stellen und die Laufzeit um diese zwei Jahre zu verlängern.

Erleichterung geringfügiger Beschäftigung

Die monatliche Grenze sollte daher in einen Freibetrag umgewandelt werden. Leistung muss sich in diesem Land wieder lohnen. Es ist ungerecht, dass Menschen, die fleißig sind und sich etwas dazuverdienen wollen, bei einer geringfügigen Überschreitung der Grenze gleich zur Kasse gebeten werden. Die Kosten für die Ausgestaltung der monatlichen Geringfügigkeitsgrenze und die Abschaffung der Tagesverdienstgrenze belaufen sich laut WIFO auf rund 50 Millionen Euro. Diese Kosten werden sich aufgrund der dadurch erhöhten Wertschöpfung jedoch rasch amortisieren.

Haushaltsnahe Dienstleistungen von der Steuer absetzen

Ausgaben für bestimmte haushaltsnahe Dienstleistungen - zum Beispiel Gartenarbeiten, Reinigung, Kinderbetreuung, Reparaturen am Haus, Handwerksarbeiten etc. - sollen als Werbungskosten von der Steuer absetzbar und somit für viele Bürger in unserem Land leistbar werden. Die Absetzbarkeit ist mit einer Obergrenze von 3.000 Euro pro Person im gemeinsamen Haushalt und Jahr zu deckeln.

Den gesamten Wortlaut des Beschäftigungspaketes finden Sie unter www.rfw-vbg.at - Schwerpunkte

Mehr Informationen finden Sie auf unserer Homepage - www.rfw.at!

Interesse an Eintragungen in das elektronische Branchenverzeichnis des RFW?

Mail an reinsperger@rfw.at bzw. 01/4082520-16